Einzelpreis 10 Pfg • 2. Jahrgang — Sonnabend, den 21. Juni 1919 — Nummer 289 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 Mk., bei Zustellung unter Streifband 4,50 Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2095 und 2096.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsanzeigen ohne Zuschlag. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Klärung in Aussicht?

## Noch keine Klärung.

**Auch Bauer lehnt Kabinettsbildung ab.**

Privattelegramm der „Freiheit".

Weimar, 21. Juni.

In der Krise hat sich heute noch nichts Wesentliches begeben, es wurde nur dem Arbeitsminister Bauer die Kabinettsbildung angeboten. Bauer hat abgelehnt. Man greift infolgedessen wieder auf David zurück. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich nicht wesentlich verändert. Die Rechtssozialisten sind noch etwas fester für Unterschreiben geworden. Das Zentrum besteht auf der Bedingung seiner beiden Ehrenpunkte. Seit gestern früh sind keinerlei Fortschritte gemacht worden. Bis zu diesem Augenblick, um 10 Uhr vormittags, ist keine Plenarsitzung, nicht einmal eine Sitzung des Friedensausschusses anberaumt. Es ist sehr wohl möglich, daß auch am Montag noch keine Regierung vorhanden ist.

Unsere Fraktion ist um 9 Uhr zusammengetreten, aber lediglich zu einer Beratung der Verfassungsfrage. In der Haltung unserer Fraktion zur Friedensfrage hat sich trotz allen Wirrwarrs in Weimar nichts geändert.

Weimar, 21. Juni, 11 Uhr vormittags.

Die Lösung der Krise ist noch nicht weiter vorgeschritten. Wichtig ist, daß sich bei den Rechtssozialisten die Zahl der Anhänger für das unbedingte Unterschreiben ständig vergrößert. Auch bei den Demokraten soll die Zahl derer, die im Plenum für den Frieden zu stimmen gewillt sind, im Wachsen begriffen sein.

Da Hermann Müller die Kabinettsbildung ablehnt, soll neuerdings David mit seiner Bildung beauftragt werden, die Entscheidung darüber wird in einer Sitzung des Kabinettsrats fallen, die um 12 Uhr im Schloß zusammentreten wird. Als Minister ohne Portefeuille und Vizekanzler wird der Rechtssozialist Keil genannt, als Nachfolger Landsbergs der Frankfurter Rechtssozialist Dr. Sinzheimer.

## Erzberger nimmt Fühlung mit der Entente.

Köln, 21. Juni.

Wie der Vertreter der „Kölnischen Zeitung" in Weimar hört, hat der Reichsminister Erzberger bereits mit dem Verbande Fühlung genommen und in Versailles angefragt, wie sich der Verband verhalten würde hinsichtlich einer Ausgleichsaktion in den bekannten Punkten, die die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin hat einstweilen der Verband unverbindlich durchblicken lassen, daß einem Nachgeben in dem point d'honneur nicht abgeneigt sei. Auf Grund dieser Fühlungnahme sei jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen worden. Man hofft bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben und dann will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören können.

## Ungarn und der Friede.

**Eine Rede Bela Kuns auf dem Rätekongreß.**

Budapest, 19. Juni.

In der heutigen Sitzung des Rätekongresses hielt Bela Kun eine große Rede über die auswärtige Politik. Er führte aus: Mit antimilitaristischen Schlagworten haben die westlichen Demokratien ihre Proletarier in den Weltkrieg geschickt. Sie haben sich aber nicht besser erwiesen als die mitteleuropäischen Monarchien. Wie haben mit der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie, die den Krieg gemacht hat, nichts gemein und sind keine Rechtsnachfolger jenes Ungarns, das in der Kriegspolitik voranschritt. Unser revolutionärer Krieg war eine notwendige Folge des Entente-Pazifismus, der kein anderes Ziel hatte als die Niedertretung jeder Revolution, und der Einmischung seitens der Vasallenstaaten der Entente, deren Imperialismus hungriger und gefräßiger ist als der jedes Großstaates. In den großen Staaten wird der Siegesrausch aber bereits abgelöst durch den Katzenjammer, da das Proletariat sich rühret. Trotz großer Gegensätze trennen die verschiedenen Truppen der siegreichen imperialistischen Staaten, sie sind jedoch einig darin, daß jedes besiegte Land kolonisiert und unterjocht werden muß, und gleichzeitig wird ein schonungsloser Wettkampf um die Eroberung der Weltherrschaft geführt. Diese großen Gegensätze beziehen sich auf die Frage der Freiheit der Meere, den Völkerbund, die Kolonien und deren Internationalisierung. England kann die Freiheit der Meere nicht akzeptieren, Italien auf die Herrschaft über die Adria nicht verzichten, Frankreich der Internationalisierung der Kolonien nicht zustimmen.

Auf diesen und anderen Momenten können wir unsere internationale Politik ruhig aufbauen, die Entente wird unmöglich einheitlich gegen Ungarn auftreten können. Wir müssen wählen, ob wir uns auf den uns belassenen Gebieten gegenseitig auffressen, oder ob ein anderer uns verschlinge. Trotzdem kann man sich nicht auf den Standpunkt der schroffen Ablehnung stellen, sondern muß eben einen Frieden schließen, den ja die Revolution ohnehin umstürzen wird. Der Schwerpunkt der internationalen Frage liegt heute darin, daß die Deutschland und Deutschösterreich diktierten Friedensbedingungen jede kapitalistische Wirtschaft unmöglich machen. Aber wie in Deutschland die Revolution ausbrach, wird auch die Entente dieses Schicksal erreichen. Mein Wunsch wäre, daß Deutschland unterschriebe, denn damit verliert der Scheidemannismus den Boden unter den Füßen, und die Massen des deutschen Volkes schließen sich dem revolutionären Flügel der Arbeiterschaft an, wie das schon in Oesterreich begonnen hat.

Auch in der tschechischen Republik steht die Sache der Revolution nicht schlecht, und das Proletariat Italiens, Frankreichs und Englands ist gleichfalls erwacht. Trotzdem sage ich: Schließen wir Frieden, wenn es geht. Auf die Note Clemenceaus können wir heute nur antworten, daß wir bereit sind, über den Frieden zu beraten. Wir wollen nicht nur mit der Entente, sondern auch mit den feindlichen Staaten um uns her verhandeln, die auf uns angewiesen sind, und auf die wir angewiesen sind. Wir betonen aber im voraus: wir schließen einen Frieden, der nicht länger gelten wird, als der Friede von Brest. Jedoch werden wir ihn nicht umstürzen, sollen durch eine Konferenz der neuen Staaten geregelt werden. Proletariat. (Beifall.)

Redner unterbreitete dann einen Beschlußantrag, nach welchem der Rätekongreß feierlich erklärt, daß er nicht nur nicht auf der Grundlage der territorialen Integrität stehe, sondern alle Klassenunterschiede, alle Nationalenunterdrückung, alle Scheidewände zwischen den Arbeitenden mit verschiedener Sprache, also auch die politischen und Zollgrenzen beseitigen wolle. Die Räterepublik erblicke in jedem Proletarierstaat einen natürlichen Verbündeten und wolle mit den Arbeitenden aller Staaten im Frieden leben. Die Verhältnisse auf den Gebieten der ehemaligen Monarchie sollen durch eine Konferenz der neuen Staaten geregelt werden.

Der Beschlußantrag, in dem auch die Politik gegenüber der Note Clemenceaus ausdrücklich gebilligt wird, wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

---

Nach Redaktionsschluß liefen folgende Meldungen ein:

## Kein Kabinett Bauer.

Berlin, 21. Juni.

Wolffs Bureau meldet: Wie wir hören, ist die von einem Berliner Mittagblatt verbreitete Nachricht über das Zustandekommen eines Ministeriums Bauer, nicht zutreffend.

## Günstiges Fortschreiten der Kabinettsbildung.

**Eine offiziöse Mitteilung.**

Weimar, 21. Juni (W. T. B.)

Bis gegen drei Uhr morgens fand eine inoffizielle Besprechung beim Reichspräsidenten Ebert mit führenden Politikern statt, bei der es sich darum handelte, den Ministerpräsidenten und die neuen Männer des Kabinetts zu finden. Dem Vernehmen nach ist die Kabinettsbildung günstig im Fortschreiten und das Ergebnis heute noch zu erwarten. Das Kabinett wird aus Sozialdemokraten und Mitgliedern des Zentrums gebildet werden. Die demokratische Fraktion wird sich als solche nicht beteiligen, man hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß einige Mitglieder der demokratischen Partei in das Kabinett eintreten.

In den heutigen Vormittagsstunden sind die Fraktionen fast sämtlich zu Sitzungen zusammengetreten, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

## Unverantwortliches Gebaren.

Wie sich die Herren in Weimar aufführen, das ist eine Schande und ein Verbrechen.

Die Zeit verfliegt. In 50 Stunden muß der Beschluß gefaßt, Deutschland gerettet sein oder die Entente marschiert und das Unheil vollendet sich. Diejenigen aber, deren Pflicht es ist, zu handeln, schwatzen, kombinieren, intrigieren, suchen nach Ausflüchten, um sich der Verantwortung zu entziehen und wollen lieber Deutschland dem Verderben preisgeben, als ein einziges Mal klar und offen zu handeln. Jetzt zeigt es sich, welch gräßlichen Schaden diejenigen angerichtet haben, die die Parole der Ablehnung unter allen Umständen ausgegeben haben.

Was sich im Laufe des Donnerstag in Weimar begeben hat, ist ein unsühnbares Versäumnis. Die Schuld trifft die Demokratische Partei, das Zentrum und die Regierung Scheidemann.

Die Demokratische Partei, in der seniler Marasmus, politische Torheit und Feigheit eine qualifizierte Majorität bilden, ist zu einem Herd der Intrigen geworden. Dort ist der saubere Plan ausgeheckt worden, von hintenherum doch noch die Vereitelung des Friedensschlusses durchzusetzen. Sie haben dabei Unterstützung gefunden bei einem Teil des Zentrums, das plötzlich sich als die patentierte Hüterin der nationalen Ehre und des monarchischen Gedankens aufspielt.

Das Spiel, das das Zentrum da aufführt, ist mehr als zweifelhaft. Im Zentrum sitzen eine große Anzahl von Leuten, denen die Herren sehr nahestehen, die im Rheinland und in Süddeutschland nationalen Verrat betreiben. Daß gerade das Zentrum plötzlich von den nationalen Ehrenfragen so heftig ergriffen ist, daß ihm die Unterzeichnung unmöglich wird, ist um so weniger zu glauben, als ja gerade sein einflußreichster Mann, hinter dem der größte Teil der Fraktion steht, mit allen Mitteln für die Unterzeichnung sich eingesetzt hat. Soll man annehmen, daß das Zentrum ein bewußtes Doppelspiel getrieben hat und treibt, daß ihm die Errichtung katholischer Sonderstaaten, die unter dem Druck der einmarschierenden Entente erfolgen könnte, das wirkliche Ziel ist?

Am schändlichsten aber hat sich die Regierung Scheidemann benommen. Sie mußte wissen und sie weiß es auch, daß jetzt die Unterzeichnung des Friedens nicht nur eine sachliche Notwendigkeit, sondern die einzige politische Möglichkeit ist. Sie mußte ebensogut wissen, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß die Entente jetzt noch auf irgendwelche Verhandlungen eingehen könnte. Die Entente hat ihr Ultimatum gestellt und es noch feierlich als ihr letztes Wort bekräftigt. Selbst der größte Illusionist, der am Tage der Ueberreichung geglaubt hätte, mit Gegenvorschlägen noch irgend etwas erreichen zu können, kann heute, nach der Erledigung der Verzweiflungspolitiker, unmöglich mehr erwarten, daß dieser Weg noch gangbar wäre.

Das hat natürlich das Ministerium Scheidemann auch gewußt. Trotzdem beschloß es, eine „Zwischennote" zu überreichen, die die demokratischen und Zentrumsforderungen enthielt, Forderungen, die die Antwort der Entente bereits mit Nachdruck und Schärfe zurückgewiesen hat. Die Regierung verhandelte mit den Parteien, um sie für diesen Plan, der keiner ist, zu gewinnen, obwohl sie von der Unmöglichkeit dieses ganzen Vorgehens absolut überzeugt sein mußte. Das konnte nur den Sinn haben, im letzten Moment die Parole des „Unannehmbar" noch durchzusetzen und die Position des Ministeriums zu retten. Und das tut ein Ministerium, das bereits demissioniert hat, das also zu politischen Aktionen überhaupt nicht mehr berechtigt ist!

So ist kostbarste Zeit in frivolster, unverantwortlichster Weise vertrödelt worden. So treibt man in Weimar Schindluder mit dem deutschen Volke, so läßt man ein ganzes Volk in Unheil und Verderben stürzen aus Torheit, Feigheit und kurzsichtigsten Fraktionsinteressen!

Es ist zwar richtig, was selbst Herr Stampfer konstatieren muß, das Verhalten der Parteien ist geradezu entsetzlich, und mit Narrenspossen ist die kostbare Zeit versäumt worden, obwohl die Sache jetzt fürchterlich klar ist.

Kein Mensch mit gesunden Sinnen kann mehr daran zweifeln, daß die Annahme des Friedens jetzt zum eisernen, unentrinnbaren Muß geworden ist. Deshalb ist es von jedem Politiker, und mag er früher auf welchem Standpunkt immer gestanden haben, ein unverantwortliches Verbrechen, wenn er jetzt nicht mit allen Kräften dafür sorgt, daß die Nationalversammlung zusammentritt und den einzig noch möglichen Beschluß faßt. Es muß sofort ein Ministerium gebildet werden, das nur ein provisorisches Kabinett zu sein braucht. Dieses Ministerium muß sofort vor die Nationalversammlung treten — interfraktionelle Beratungen, Sitzungen des Friedensausschusses sind vollständig überflüssig und dazu mangelt es an Zeit —, ein klares und wahres Bild der fürchterlichen Situation entwerfen und die Entscheidung fordern. Wir möchten sehen, wer von den Abgeordneten — von einigen nationalen Desperados der Rechten abgesehen — den Mut aufbringen würde, dem deutschen Volke die Rettung zu vereiteln und es in den Abgrund zu stoßen.

Die Herren mögen sich gesagt sein lassen, daß dieses Vorgehen nicht nur aus der zwingenden Notwendigkeit der äußeren Politik folgt, sondern auch dem unentrinnbaren Zwang der inneren Politik entspricht. Es ist einfach nicht zu ertragen, wie sich die Herren in Weimar benehmen, und es ist unmöglich, daß dieses Verhalten auch nur eine Stunde noch fortgeht. Das Schauspiel, das sie der Welt bieten, ist eine Schande, für die das deutsche Volk jede Verantwortung ablehnt und die ganz allein auf diese elenden Vertreter fällt. Jetzt aber muß mit diesem Treiben Schluß gemacht werden, es ist keine Minute mehr zu verlieren!

## Die italienische Krise.

Deutschland ist durch den verlorenen, Italien durch den gewonnenen Krieg in eine schwere innen- und außenpolitische Krise gestürzt worden. Italien hat zwar an der Seite der Entente gesiegt, aber die italienischen Imperialisten fürchten, daß sie um die Früchte ihres Sieges geprellt werden sollen. Der Traum des italienischen Imperialismus zielt auf die Wiederherstellung der Grenzen des römischen Weltreichs. Er strebt nach den Küsten des adriatischen Meeres, ebenso wie auch nach Kleinasien, nach Nordafrika, nach den Inseln im östlichen mittelländischen Meer. Fast überall stößt er auf die Interessen seiner bisherigen Freunde, und wo die italienischen Wünsche ihre Befriedigung fanden, wie in den Alpengebieten, da ist nach dem Zerfall der österreichischen Monarchie niemand, der zur Deckung seiner Kriegskosten bereit und fähig wäre.

Schon seit Monaten wird das Land trotz des gewonnenen Krieges von schweren wirtschaftlichen Erschütterungen durchbebt. Das Proletariat erkennt, daß die kapitalistischen Fesseln jetzt noch schlimmer auf ihm lasten, als vor dem Kriege. Ein Teil der imperialistischen Hoffnungen haben sich erfüllt, aber das Los der arbeitenden Klassen ist verschlimmert worden. Die schönen Versprechungen der Regierung sind in nichts zerronnen, eine steigernde Arbeitslosigkeit, eine immer wachsende Teuerung für alle Lebensbedürfnisse, Not und Elend sind die Früchte des Sieges, die das italienische Proletariat pflücken soll.

Auf der anderen Seite sind aber auch die Imperialisten unzufrieden mit der Regierung Orlando, dem sie vorwerfen, daß er sich von Frankreich und England habe übers Ohr hauen lassen. Weder die Lösung des Fiume-Problems noch die Regelung der dalmatinischen Frage befriedigt sie. Wie das Verhältnis zu Griechenland werden soll, ist noch höchst ungewiß, es ist auch fraglich, ob bei der Aufteilung Kleinasiens die italienischen Ansprüche auch nur im entferntesten befriedigt werden. Dazu ist Italien in die wirtschaftliche Abhängigkeit zu England und Amerika geraten, nicht nur in bezug auf seine geldlichen Bedürfnisse, sondern auch mit den wichtigsten Rohstoffen. Während sich aber Frankreich und England an Deutschland schadlos zu halten suchen, sind Italien mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zwei seiner wichtigsten Ausfuhrgebiete vorläufig gesperrt, die Aussichten auf die Aufnahme eines ertragreichen Handelsverkehrs mit diesen Ländern sind vorläufig noch ganz ungewiß.

So begegnete das Kabinett Orlando auf allen Seiten dem schärfsten Mißtrauen und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ist es gestürzt worden. Der Anlaß war verhältnismäßig unbedeutend; Orlando wollte über die ausländische Politik nur in geheimer Sitzung berichten, die Kammermehrheit dagegen verlangte nach öffentlicher Darlegung der auswärtigen Politik. Wer der Nachfolger Orlandos werden soll, ist noch ungewiß. Man nennt als den künftigen Kabinettschef den früheren Schatzminister Nitti, der ein Freund Giolittis ist und von dem man die Wiedereinleitung einer deutschfreundlichen Politik erwartet.

Das italienische Proletariat sieht der Umbildung des Kabinetts mit Gleichmut zu; es weiß, daß auch das neue Ministerium nur die kapitalistische Politik seiner Vorgänger fortsetzen wird. Nicht die Frage, ob die eine oder die andere Nummer des imperialistischen Fadens weitergesponnen werden soll, ist für die italienischen Arbeiter das Entscheidende; auch für sie, wie für die Arbeiter der ganzen Welt, kann die Rettung aus dem Elend, in das uns der Krieg gestürzt hat, kommen nur durch die Verwirklichung des Sozialismus.

## Wie sie lügen.

Das Korps-Verordnungsblatt des Gardekorps veröffentlicht auf Seite 486 folgenden Befehl:

Gardekorps
Generalkommando
Nr. 198.
Ia 64068.

8. Juni 1918

Marschziel für Freiwillige der baltischen Landeswehr. Freiwillige für die baltische Landeswehr sind nicht mehr nach Libau, sondern zum Werbeamt der baltischen Landeswehr in Mitau in Marsch zu setzen.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat bekanntlich Herr Noske erklärt, daß die deutsche Regierung keine Truppen mehr im Baltikum habe, während dieser Befehl deutlich das Gegenteil beweist.

*

Neuerdings hat auch die Entente, auf die die Lügen der deutschen Regierung absolut keinen Eindruck machen, die deutsche Regierung nochmals ersucht, in der kürzesten Frist die nötigen Anordnungen zu treffen, um 1. jeden neuen Vormarsch deutscher Truppen nach Norden in Richtung auf Estland zu verhindern, 2. die sofortige Räumung Windaus und Libaus und die möglichst schnelle Räumung aller Gebiete, die vor dem Kriege Teile des russischen Reiches waren, gemäß den Bestimmungen des Artikels XII des Waffenstillstandes herbeizuführen."

## Die Kommunisten und der Friede.

Die „Kommunistische Räte-Korrespondenz" schreibt zu der Antwortnote der Entente:

Wir sind gegen jeden Krieg, der imperialistische und kapitalistische Ziele im Auge hat. Wir sind gegen jeden Krieg, der die kapitalistische Regierung stärken oder erhalten kann.

Jedoch das Proletariat kann sich nicht in Sklaverei hineinjagen lassen, weder von der einheimischen noch von der fremden Bourgeoisie. Wenn der Friede eine Aufrechterhaltung der Diktatur des Entente-Kapitalismus bedeutet, so sind wir für den Krieg gegen den fremden wie den einheimischen Ausbeuter.

Wir lehnen den Friedenspakt von Versailles ab, weil es ein Pakt zwischen der Entente-Bourgeoisie und der deutschen Bourgeoisie gegen das deutsche Proletariat, die Aufrechterhaltung und Steigerung der Ausbeutung der deutschen arbeitenden Klassen ist.

Aber wir führen den Kampf gegen die Entente-Bourgeoisie nicht mit den Anhängern der Ablehnung der Friedensverhandlungen, sondern im Gegensatz zu ihnen, nicht mit der Bourgeoisie, sondern im Kampfe mit ihr. Unser Kampf gegen den Entente-Imperialismus ist zugleich ein Kampf gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, gegen die Regierung des deutschen Kapitals, und indem wir den schärfsten Krieg mit der Diktatur des deutschen Kapitals im Innern des Landes führen, müssen wir ihn zugleich gegen die Diktatur des Entente-Kapitalismus führen.

Indem wir für die Diktatur des Proletariats in Deutschland kämpfen, stützen wir auch den revolutionären Kampf der französischen, italienischen und englischen Arbeiterklasse gegen ihre und unsere Ausbeuter.

Nur eine proletarische Regierung kann dem Proletariat einen Frieden bringen.

Soweit man den etwas dunklen Sinn dieser Bemerkungen überhaupt entwirren kann, sind die Kommunisten gegen den Krieg, aber auch gegen den Frieden. Sie kämpfen gegen das deutsche Kapital, wollen aber durch die Nichtunterzeichnung des Friedens dem Ententekapital Gelegenheit geben, den Krieg fortzusetzen und das deutsche Proletariat widerstandslos auszubeuten. Das ist eine Politik des Nichtstuns und des Nichtswollens, die bei der Arbeiterschaft kein Verständnis findet.

## Eine Fälschung.

Uns wird geschrieben:

Der „Vorwärts" und die übrige bürgerliche Presse erheben ein großes Geschrei über ein angebliches Flugblatt des „Roten Soldatenbundes", das die Weißgardisten mit dem „Standrecht" bedroht, falls sie in etwaigen Kämpfen zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und der Regierung bis zum Schluß zur Regierung stehen.

Der „Vorwärts" gibt dem Flugblatt die Ueberschrift: „Der rote Soldatenbund". Der „Vorwärts" hat also die Unterschrift gefälscht, um glauben zu machen, daß es vom „Roten Soldatenbund" herrühre.

Es sei hier festgestellt, daß dies nicht der Fall ist. Es sei weiter festgestellt, daß der „Rote Soldatenbund" seit einiger Zeit aufgelöst ist.

Weder die Kommunistische Partei als solche noch der ehemalige „Rote Soldatenbund" haben mit diesem törichten Erguß irgend etwas zu tun. Allein die notwendigen Rücksichten auf die Illegalität hindern uns, die der Kommunistischen Partei völlig fernstehende Quelle näher anzugeben, der dieses alberne Machwerk entstammt.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

## Die Arbeiterräte in Württemberg.

Nachdem mit durch die zweideutige Haltung des Zentralrats der Kampf für die Beseitigung der Arbeiterräte von den Regierungen und den bürgerlichen Parteien aufgenommen worden, graut jetzt selbst dem Zentralrat vor den Folgen dieser Politik und er warnt. Er teilt mit:

Auf den Beschluß der württembergischen Landesversammlung, nach dem die württembergischen Arbeiter- und Bauernräte nur noch bis zum 15. Juli gesetzliche Grundlage haben sollen, hat der Zentralrat an die württembergische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen diesen Beschluß Stellung nimmt und vor seiner Ausführung warnt. Der Zentralrat hat der württembergischen Regierung mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung eine Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte in ihrer jetzigen Form unmöglich sei, bevor nicht die politisch-wirtschaftliche Entwicklung in Bahnen gelenkt ist, die den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entspricht. Da die große politische Bedeutung der Angelegenheit unverkennbar ist, hat der Zentralrat der württembergischen Regierung vorgeschlagen, in mündliche Verhandlungen über die Sache einzutreten.

## Theodor Goecke.

Ein Schmuck für sein Grab von Bruno Taut.

Der Name Theodor Goecke wird fest umrissen in der deutschen Geschichte stehen — wenn später unter „Geschichte" nicht Schlachten, Thronfolge, Thronerhebung und -sturz, Vaterländerei u. dgl., sondern die Bewegung des kulturellen Lebens, das Auftauchen von Ideen und ihre Auswirkung in der menschlichen Gemeinschaft verstanden und als solche in den Schulen gelehrt wird.

Der Städtebau als künstlerisches und allgemein kulturelles Gebiet ist die Sphäre, in der Goeckes Name als der eines Ideenschöpfers und -verfechters seine geschichtliche Bedeutung hat. Heute ist das, was unter dem Schlagwort „Städtebau" von der Masse der Architekten verstanden wird, zu einer Modesache geworden und damit, wie es jeder großen Bewegung geht, wenn sie sich in das breite Schlammbecken der gesamten Fachmannschaft ergießt, unklar, äußerlich und formalistisch geworden. So ist heute fast eine Ehrenrettung Theodor Goeckes nötig, um seinen Namen von dem Geruch zu befreien, als hätte er nur das Formale der Stadtanlage, die Formen der Plätze, Straßen und all der tausendfachen Einzelheiten eines Stadtgebildes im Auge gehabt. In Wahrheit und mit gewissem Recht haftet der Vorwurf der einseitig ästhetischen Orientierung vielmehr an dem Namen Camillo Sittes, der in Kameradschaft mit Theodor Goecke in den neunziger Jahren die große Bewegung schuf, welche „der Städtebau" genannt wird. Seit 1903 erscheint eine von beiden Männern begründete Zeitschrift gleichen Namens, welche Sammelbecken und Quell zugleich „für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundsätzen" wurde. Theodor Goeckes unsterbliches Verdienst bleibt es, frei von jedem einseitig künstlerischen Standpunkt die mannigfachen Grundlagen der Städtebildung herausgeschält zu haben in immerwährenden Untersuchungen, welche die Organisierung der Stadtviertel und Straßenzüge sowie die Herbeiführung alles dessen zum Ziele hatten, worauf sich erst die neue Stadt aufbauen kann — begonnen mit seinen ersten Arbeiten in den neunziger Jahren, fortgesetzt in seiner Zeitschrift und in die Verwirklichung übertragen in einer arbeitsreichen Tätigkeit der praktischen Bebauungsplanentwürfe. Daneben entfaltete er eine äußerst segensreiche Lehrtätigkeit in der Charlottenburger Hochschule. Wer seine Collegs mit Aufmerksamkeit gehört hat, weiß, wie es dieser seltene Mann verstand, das Interesse des Studierenden durch andauernde Heranziehung von Tagesfragen zu wecken und das Verständnis der Theorien durch praktische Beleuchtung zu beleben. Er war kein Professor, der von Semester zu Semester denselben Text „las" — freie Rede und unmittelbare Anregung machten ihn zum besten Lehrer des Städtebaus.

Jedes Werk wird fruchtbar nur durch den Menschen, durch den menschlichen Gehalt dessen, der es schafft. Von dem Wesen dieses Mannes ging immer eine belebende Wärme aus, nie blieb er der bloß objektive Wissenschaftler, sondern immer war sein Herz offen: in Streit und Polemik fühlte man es voller Anteilnahme pochen. Der mehr als Sechzigjährige blieb immer jung, nach dem Spruche Nietzsches: Spät jung hält lang jung! Seine lebendige Wärme führte ihm die Jugend zu, es erfüllte sich an ihm die Schönheit eines späten Alters, dem das Junge das Interessanteste und Wertvollste ist und das immer wachen Sinnes bemüht ist, dieses Junge und Stürmende zu begreifen, zu fördern und zu schützen. Mit mir werden viele ihm für ihr ganzes Leben eine Dankesschuld abzustatten haben, deren Ideen er als Preisrichter erkannt und die er in seiner Eigenschaft als Provinzialkonservator zu mannigfachen Arbeiten herangezogen und in den Sattel gehoben hat.

Ein ungeheuer tätiges Leben ist erfüllt. Zu früh ist es abgeschnitten, in diesem Falle wirklich zu früh. Seine Frische und nie gebrochene Aufnahmebereitschaft durfte noch nicht abtreten. Aber glücklich, wer ein so reiches Vermächtnis hinterlassen darf!

Wir Trauernde wollen den Dank nie vergessen. Nicht mit sentimentaler Empfindung, sondern durch den Glauben an die Gemeinschaft, an das Volk und eine bessere Zukunft, die zu gestalten ganz von unserem festen Wollen und unserer nie erlahmenden Schaffenslust abhängt. Auf unseren Schultern lastet eine schwere Pflicht für das Zukünftige — wir wollen sie mit Demut erfüllen.

## Ein Mittel zum wirklichen Frieden.

Von Friedrich Nietzsche.

Keine Regierung gibt jetzt zu, daß sie das Heer unterhalte, um gelegentliche Eroberungsgelüste zu befriedigen; sondern der Verteidigung soll es dienen. Jene Moral, welche die Notwehr billigt, wird als ihre Fürsprecherin angerufen. Das heißt aber: sich die Moralität und dem Nachbar die Immoralität vorbehalten, weil er angriffs- und eroberungslustig gedacht werden muß, wenn unser Staat notwendig an die Mittel der Notwehr denken soll; überdies erklärt man ihn, der genau ebenso wie unser Staat die Angriffslust leugnet und auch seinerseits das Heer vorgeblich nur aus Notwehrgründen unterhält, durch unsere Erklärung, weshalb wir ein Heer brauchen, für einen Heuchler und listigen Verbrecher, welcher gar zu gern ein harmloses und ungeschicktes Opfer ohne allen Kampf überfallen möchte. So stehen nun alle Staaten jetzt gegeneinander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gesunde Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja, im Grunde ist sie schon die Aufforderung und die Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität unterschiebt und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten. Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: „wir zerbrechen das Schwert" — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus, — das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einher geht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbar nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zu Grunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zu Grunde gehen, als sich hassen und fürchten machen, — dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden! Unseren liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur des Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine „allmähliche Herabminderung der Militärlast" arbeiten. Vielmehr: erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorien-Baum kann nur mit einem Male, durch einen Blitzschlag, zerstört werden: der Blitz aber kommt, ihr wißt ja, aus der Wolke und aus der Höhe.

# Todesdrohung für Scheidemann.

In der „Deutschen Zeitung" richtet der „Kgl." Landrat von Hertzberg in Neustettin einen offenen Brief an Scheidemann, worin er ihn beschuldigt, durch seine Politik den Niederbruch Deutschlands verursacht zu haben. Der Brief schließt:

„In Frankreich wären Sie als Defaitist schon lange vor der Revolution durch Clemenceau unschädlich gemacht; in Deutschland hatte eine schlappe Regierung aus feiger Angst vor Ihnen und Ihren Mannen nicht den Mut dazu, trotz aller Forderungen und Warnungen der O. H. L.

Auf Ihre Taten steht nach dem Strafgesetzbuch die Todesstrafe. Ich wünsche Ihnen für den Tag, an dem Sie Rechenschaft ablegen müssen, mehr Mut und Tapferkeit als Bekenner, als Sie jetzt gezeigt haben.

Neustettin, den 16. Juni 1919.

von Hertzberg, Kgl. Landrat."

Selbst dem „Vorwärts" wird angst und bange vor dieser gegenrevolutionären Frechheit. Er nennt den Brief eine offene Aufforderung zum politischen Mord und er fragt bei Herrn Noske an, ob er immer eingedenk sei, wo die ärgsten Feinde des Proletariats und der Revolution zu suchen seien und ob er deren Gefährlichkeit auch richtig einschätze.

Diese Anfrage ist zum mindesten sehr naiv. Nachdem durch die Politik der Rechtssozialisten die gegenrevolutionäre Bewegung gefördert worden ist, nachdem unter Führung Noskes die Gegenrevolution sich eine Armee schaffen konnte, nachdem das Proletariat entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet wurde, ist das Jammern des „Vorwärts" nicht viel mehr als das Eingeständnis einer schweren Schuld.

# Mitschuld des „Vorwärts".

Uns wird geschrieben:

Der „Vorwärts" entrüstet sich anläßlich eines Vorganges bei dem Begräbnis der Genossin Luxemburg in einer sentimental gefärbten Notiz darüber, daß „noch nicht einmal im Angesichte des Todes die Parteigegensätze schweigen können". Das heuchlerische Verhalten des „Vorwärts" erfährt seine rechte Beleuchtung durch die Stellung, die er gegenüber den seit Beginn der Revolution laut gewordenen Plänen zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einnahm. Den Anfang machte er mit seiner Notiz in der Abendnummer vom 22. November 1918, in der er unter bewußt wahrheitswidriger Darstellung der Vorgänge am Alexanderplatz Liebknecht persönlich für das dort vergossene Blut verantwortlich machte. Die Wirkung, die die Notiz bei der damaligen Stimmung hervorrufen mußte und hervorrufen sollte, war klar, und Karl Liebknecht war sich von jenem Tag an auch bewußt, welches Schicksal man ihm zugedacht hat. Anfang Dezember vorigen Jahres sahen sich dann die „Rote Fahne" und die „Freiheit" veranlaßt, auf die immer frecher werdenden Aufforderungen zur Ermordung der beiden kommunistischen Parteiführer hinzuweisen. An den Anschlagsäulen z. B. fanden sich Plakate mit den Worten: „Schlagt die Führer tot. Tötet Liebknecht. Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben." Der „Vorwärts" aber lehnte es im „Interesse der Preßfreiheit" ab, auch nur die Beschlagnahme dieser Hetzplakate zu fordern. Noch am 9. Januar erklärte er in einer Polemik gegen die „Freiheit", ein Einschreiten der Behörden sei unmöglich! Dafür tat der „Vorwärts" seinerseits alles, um die Pogromstimmung hervorzurufen und zu stärken. Neben frivolen Beschimpfungen des Spartakusbundes leistete sich das Blatt, das jetzt für die Ehre der Beleidigten Krokodilstränen vergießt, fortgesetzt persönliche Herabsetzungen der beiden Parteiführer. So begleitete der „Vorwärts" am 10. Januar die erfundene Nachricht, Trotzki habe Lenin verhaften lassen, mit folgendem Kommentar:

„Nähmen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg das Ruder, so wäre die Frage alsbald nur noch die, welcher Teil des erlauchten Herrscherpaares den anderen einkapseln würde."

Dieser schnoddrigen Notiz folgte am 12. Januar folgende Beschimpfung im Anschluß an einen Bericht über die Einnahme des „Vorwärts"-Gebäudes:

„Rosa Luxemburg ist nicht unter den Gefangenen aus dem Vorwärtshaus. Zwei Tage vor dem Putsch gegen das Hamburger „Echo" war sie im (natürlich requiriert erworbenen oder gemieteten) Kraftwagen in Hamburg eingetroffen."

Schließlich veröffentlichte der „Vorwärts" am 13. Januar in Fettdruck ein „Gedicht" von Artur Zickler, worin bedauert wird, daß nicht auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu den Toten der Januarkämpfe gehören. Es schließt mit den Zeilen:

Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!
Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!
Proletarier!

Bei der damaligen Stimmung unter den Freiwilligentruppen kam dieses Gedicht einer Aufforderung zum Morde gleich. Daß der „Vorwärts" übrigens mit den Mördern in den engsten Beziehungen gestanden haben muß, geht auch daraus hervor, daß er als einziges Blatt schon am 16. Januar morgens positive Mitteilungen über die Verhaftung Karl Liebknechts machen konnte, während alle übrigen Blätter gar nicht oder nur kurz und gerüchtweise davon sprachen.

**Englischer Humor.** Ein englischer Prediger nahm eines Tages von seiner Gemeinde mit folgenden Worten Abschied:

„Brüder und Schwestern! Ich muß Euch lebewohl sagen. Ich glaube nicht, daß Gott diese Gemeinde liebt; denn niemals […] jemand von Euch. Ich glaube nicht, daß Ihr einander liebt; denn ich habe niemals jemand von Euch trauen können. Ich glaube nicht, daß Ihr mich liebt, denn Ihr habt mir nie mein Gehalt ordentlich bezahlt. Eure Geschenke bestehen in verfaulten Früchten und wurmstichigen Aepfeln — und „an den Früchten sollt ihr sie erkennen". Brüder, mir ist eine andere Herde anvertraut worden. Ich bin zum Gefängnisprediger ernannt worden. Lebt wohl!"

---

**Max Pallenberg zum 200. Male als Zawadil in „Familie Schimek".** Wieder war das „Deutsche Theater" gefüllt und es ließ sich willig hinreißen von dem Wirbel, aus dem dieser einzigartige Menschendarsteller und tiefe Humorist diese Figur aus dem Kadelburgschen Schwankgebiet in tragikomische Höhen treibt. Er sprudelt, fliegt aus sich hinaus, tobt, lacht und ist trotzdem, sich gehen lassen eine den Moment ergreifende, ungehemmt, lauschende Lebendigkeit, ein prachtvoll gezeichneter Irrsinn im Rahmen des von ihm gesprengten glatten Bürgerschwanks. Neben Pallenberg auch Max Gülstorffs Komik in Ehren.

Im Deutschen Theater findet Freitag die Erstaufführung des Schwankes „Auch ich war ein Jüngling ..." von Neal Brener mit Max Pallenberg in der Hauptrolle statt.

In den Kammerspielen des Deutschen Theaters ist für Sonnabend die Erstaufführung von „Das Weib und der Hampelmann", Komödie nach dem spanischen Roman des Pierre Louys von Ludwig Hardt, angesetzt. Leopoldine Konstantin und Theodor Loos spielen die Hauptrollen.

Der Volksbühne am Bülowplatz sind von nächster Spielzeit an verpflichtet: Marianne Bratt vom Lessingtheater, Hermann Kiper von den Reinhardt-Bühnen, Otto Bernstein vom Albert-Theater Dresden, Josef Bunzl vom Stadttheater Leipzig, Eugen Eisenlohr vom Schillertheater, Gerd Fricke vom Landestheater Dresden, Edgar Klitsch von den Kammerspielen in Hamburg, Fred Kortholt vom Trianontheater, Richard Leopold vom Theater in der Königgrätzer Straße, Hans Ottershausen vom Düsseldorfer Schauspielhaus, Leo Victor von den Reinhardt-Bühnen.

Der letzte Sturmabend vor den Ferien findet am Mittwoch, 25. Juni, abends ½8 Uhr in der Kunstausstellung „Der Sturm", Potsdamer Straße 134a statt. An diesem Abend wird Rudolf Blümner die erfolgreichsten expressionistischen Dichtungen dieses Winters zum Vortrag bringen und zum ersten Male [illegible] „Die seidene Schnur".

# Was geht vor?

Uns wird mitgeteilt: Freitag abend kam nach Niederschönweide ein Telegramm, daß für einen Transportzug nach Kottbus eine Maschine bereitgehalten werden solle. Der Zug kam aber nicht gestern abend, sondern erst heute früh gegen 5 Uhr durch; es befanden sich in ihm 150 politische Gefangene, scharf bewacht von Noskegardisten mit aufgepflanztem Seitengewehr.

Was hat dieser Transport zu bedeuten? Will man die Gefangenen verschleppen, um in Berlin Raum für neue Verhaftungen zu schaffen?

# Die Bestattung der Wiener Todesopfer.

Wien, 21. Juni.

Gestern nachmittag fand die Leichenfeier für die Opfer der blutigen Ereignisse am 15. Juni nach dem zwischen allen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen vereinbarten Programm statt. Trotz größter Beteiligung wurde die Ordnung musterhaft aufrechterhalten.

---

# Deutscher Sozialistentag.

Im großen Sitzungssaal des Herrenhauses begann am heutigen Sonnabend vormittag die Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie, die von der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie einberufen worden ist. Es sind etwa 300 Delegierte der beiden sozialdemokratischen Parteien anwesend, darunter mehrere Damen. Von bekannteren Persönlichkeiten sah man zu Beginn der Tagung Eduard Bernstein, Adele Schreiber, Rechtsanwalt Dr. Halpert und den Futuristen Herwarth Walden. Die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor: 1. Die politische Notwendigkeit der Einigung. Referenten Cohen-Reuß (S.P.D.) und Ströbel (U.S.P.). 2. Auslandspolitik. Referent E. Bernstein (S.P.D.). 3. Rätesystem. Referenten Kaliski (S.P.D.) und Däbbecke (U.S.P.). 4. Der Einheitsweg. Referenten Dr. Joelsohn (S.P.D.) und Wilke (U.S.P.).

Kurz nach 9½ Uhr eröffnete Eduard Bernstein die Konferenz mit einer Ansprache. Er wies darauf hin, daß gerade jetzt die Frage der Einigung brennender sei als je. In dieser Zeit, da die Sozialdemokratie zu großen Aufgaben berufen sei, wäre es von schwerstem Nachteil, daß wir zwei sozialdemokratische Parteien haben, die zu den Ereignissen eine ganz entgegengesetzte Stellung einnehmen. Die Folge davon sei eine Verschärfung der Zersetzung in Deutschland und eine demoralisierende Wirkung auf die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Besonders notwendig sei die Einigung angesichts des Umstandes, daß die Reaktion ihr Haupt jetzt wieder erhebe und sich organisiere. Bernstein schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Sozialistentag die Frage der Einigung ihrer Lösung einen großen Schritt näher bringen werde.

---

# Ledebour vor den Geschworenen.

Die Reden der Verteidiger wurden in der heutigen Sitzung durch das Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld fortgesetzt. Mit einem einzigen geschichtlichen Prozesse, so führte R.A. Rosenfeld aus, könne man diese Verhandlung vergleichen, nämlich mit jener fast gleichen Anklage, die vor genau 70 Jahren Karl Marx vor die Geschworenen des Kölner Gerichtes führte. Und wie damals Karl Marx es ausgesprochen habe, daß die Revolution von 1848 jene Strafbestimmungen, die den Bestand und die Machthaber des alten Staates sichern sollten, vernichtet habe, so habe auch die Revolution vom 9. November das gleiche getan und daher eine Bestrafung wegen Aufruhrs, wegen Bildung bewaffneter Haufen und solcher Delikte unmöglich gemacht. Wie damals die Geschworenen von dieser Ueberzeugung durchdrungen waren und Karl Marx freigesprochen haben, so dürften auch diesmal die Geschworenen nicht ein Tendenzurteil zum Schutze der Regierung fällen, sondern allein dem Rechte zum Siege verhelfen und den Angeklagten freisprechen.

Der Verteidiger beleuchtete sodann mit kritischen treffsicheren Worten das ganze Verhalten der Regierung, das jenen blutigen Tagen im Dezember und Januar vorausgegangen war. Er wies nach, wie die Regierung selber jene Unruhen provoziert habe, wie sie es war, die die, wie der Staatsanwalt es nannte, mit Explosivstoffen gefüllte Luft zur Explosion gebracht habe, indem sie den zündenden Funken, die Absetzung Eichhorns, des Vertreters der Arbeiterschaft, hineingeworfen habe. Er wies weiter nach, wie die Regierung durch Spitzel und Provokateure alles getan habe, um die Massen zu einem Putsche zu verleiten. Und er wies auf das bedeutungsvolle Wort des Staatsanwalts Zumbroich hin, er finde nichts Auffälliges dabei, wenn die Regierung sich solcher Spitzel bediene.

Schließlich wies Rechtsanwalt Rosenfeld darauf hin, daß die Staatsanwälte sich in unerhörter Weise zur Stützung ihrer Behauptungen auf Aussagen von Zeugen, insbesondere des Zeugen Jakobi, berufen hätten, welche diese nach dem Stenogramm niemals getan hatten. In Wirklichkeit haben die Zeugen gerade das Gegenteil von dem ausgesagt, was der Staatsanwalt behauptet hatte.

---

Karl Einstein ist, wie uns mitgeteilt wird, wieder freigelassen worden.

# Aus der Parteipresse.

Nr. 6 der „Kämpferin" ist erschienen. Aus dem Inhalt: Die historische Schuld der Rechtssozialisten. Von Luise Zietz. Arbeiterinnenschutz seit Kriegsbeginn. Von Elvira Rosenberg. Aus dem Leben einer arbeitenden Mutter. Von Emma Döltz. Tagung des Frauenrechtsausschusses. Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. Mein Kind. Gedicht von Emma Döltz. Für unsere Kinder: Frühling in den Bergen. Von Eugen Lewin-Dorsch. Der böse Klingklang. Ein Samenkorn in der Größe eines Hühnereies. Von Tolstoi. Bilder aus der französischen Revolution.

# Gewerkschaftliches.

## Generalversammlung der Holzarbeiter.

Am Freitag hielt der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin, im Gewerkschaftshause eine ordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen bestätigte die Versammlung zunächst die schon früher aufgestellten Beitragskassierer. Dann gab Koll. Zirkel den Bericht vom 1. Quartal. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß sich die Stellungnahme der einzelner Mitgliederversammlungen hauptsächlich auf Lohnbewegungen, Vorbereitungen zum Verbandstag der Holzarbeiter, der zur Zeit gerade tagt, bezog. Aber auch die Haltung und Stellung der Regierung habe öfter behandelt werden müssen. Im allgemeinen bewies der Bericht eine lebhafte Tätigkeit der Verwaltung innerhalb der Organisation. In der Diskussion riefen zwei Anträge, die besagten, den Extrabeitrag für 26 Wochen beizubehalten für diejenigen, die nicht am Streik beteiligt waren, respektive die Verwaltung möge dahin wirken, daß jeder Kollege einen Extrabeitrag von 30 M. zu zahlen habe, längere Ausführungen hervor. Leider zeigte sich, daß während des Streiks in dieser Beziehung nicht immer das nötige Verständnis bei den arbeitenden Kollegen vorhanden gewesen ist. Es wurde schließlich ein Vorschlag angenommen, diese Anträge der Verwaltung zu überweisen, zwecks weiterer Ausarbeitung und evtl. Vorschläge an die nächste Generalversammlung. — Bei der Wahl von 10 Bureauangestellten erhielten von 636 abgegebenen Stimmen der Koll. Freyberg 482, Horn 482, G. Müller [illegible], Harnisch 415, Rähbusch 450, Rahn 467, Lieske 487, Blenich 502, Ullmann 485 Stimmen, und gelten diese Kollegen somit als angestellt. Zwischen den Kollegen Schwarzmeier (349) und Franz (309) fand Stichwahl statt, deren Ergebnis beim Schluß der Versammlung noch nicht vorlag. — Als Beisitzer für die engere Verwaltung wurde der Kollege Tallbert von 6 Vorgeschlagenen mit 517 Stimmen von 606 abgegebenen gewählt.

Einige Anträge, den „Vorwärts" wieder als Publikationsorgan zu benutzen, wurden, nachdem Zirkel in ausführlicher Weise auf die arbeiterfeindliche Politik des „Vorwärts" während und nach dem Kriege hingewiesen, die sich bis heute noch nicht geändert habe, mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Starke Entrüstung rief die Mitteilung hervor, daß ein Gauvorsteher Exner die Berliner Vertreter auf dem Verbandstag in einem Zwischenruf als „Lumpengesindel" bezeichnet habe.

## Zum Lohnabkommen in der Metallindustrie.

Hinsichtlich Neuregelung der Löhne zum Kollektivabkommen für die Packer, Lager-, Hilfs- und Transportarbeiter und -Arbeiterinnen der Groß-Berliner Metall-, Elektro- und Eisenindustriebetriebe gehen uns täglich eine Reihe Anfragen zu, um Auskunft über die vereinbarten Lohnfestsetzungen zu erlangen.

Da es fast unmöglich erscheint, alle Anfragen auf schriftlichem Wege zu beantworten, so geben wir hier nochmals das am 7. Juni vereinbarte und am 10. Juni angenommene Abkommen bekannt.

Nach diesem Abkommen erhält Gruppe 1, bestehend aus Betriebsboten, Einholern, Personenfahrstuhlführern, Tischdienern, Getränkeverkäufern, Wächtern, Haus- und Hofreinigungsarbeitern und Garderobenleuten einen Einstellungslohn von 2 M., nach einem halben Jahr 2,10 M. pro Stunde. Alle anderen Lager- und Transportarbeiter usw. gehören zur Gruppe 2, und für diese beträgt der Einstellungslohn 2,10 M., nach einem halben Jahr 2,30 M. pro Stunde. Berufskundige werden mit 2,20 M. eingestellt und erhalten nach einem halben Jahr 2,50 M. Als berufskundig gilt, wer nachweislich schon im Metallbetriebe tätig gewesen ist.

Bei den Frauen gilt die gleiche Gruppeneinteilung wie bei den männlichen Arbeitern derselben Kategorie. Für sie gilt der Mindestlohn in Gruppe 1 bei der Einstellung 1,30 M., nach einem halben Jahr 1,50 M.; Gruppe 2: Einstellungslohn 1,40 M., nach einem halben Jahr 1,50 M. pro Stunde. Berufskundige Frauen der Gruppe 2 werden eingestellt mit 1,40 M., nach einem halben Jahr 1,50 M. pro Stunde. Die Nachzahlung dieser Lohnsätze hat ab 2. Mai d. J. zu erfolgen.

Unter dieses Abkommen fallen alle Packer-, Lager- und Transportarbeitergruppen, soweit sie sich mit ihren Löhnen unter den vereinbarten Sätzen bewegen. Bereits höher bezahlte Löhne dürfen keine Kürzung erfahren.

Wir fordern hiermit alle Berufsangehörigen der Metall-, Elektro- und Eisenindustriebetriebe auf, dafür zu wirken, daß der neue Lohnsatz überall Durchführung findet. Dort, wo sich Schwierigkeiten ergeben, ist uns Mitteilung zu machen. Alles weitere wird dann von uns aus veranlaßt werden.

Den Vertrauensleuten bei dieser Gelegenheit zur Kenntnis, daß zur weiteren Information am Mittwoch, den 25. Juni, abends 6 Uhr, bei Riedel, Hussitenstr. 40, eine Konferenz stattfindet, in der jeder Betrieb durch Funktionäre vertreten sein muß.

Soweit Betriebe geeignete Vertretungen noch nicht haben, müssen sie sofort dazu Stellung nehmen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion V,
Industriearbeiter.

---

Der Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Groß-Berlin) hielt am Dienstag abend eine Mitgliederversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Gen. Malzahn vom Vollzugsrat referierte über den Neuaufbau der Arbeiterräte und berichtete daß die Vollversammlung beschlossen habe, dazu mit den Gewerkschaften gemeinsam zu arbeiten. Der Referent schilderte dann in trefflichen Ausführungen die Notwendigkeit der Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterklasse am Wiederaufbau der zusammengebrochenen deutschen Volkswirtschaft. Die Vorlage der Regierung über die Betriebsräte befriedigt uns jedoch nicht, die Betriebs- und Angestelltenräte müssen Gelegenheit haben, sich im technischen Apparat einzuarbeiten, damit dieselben im geeigneten Moment genügend unterrichtet sind. Nur auf diesem Wege ist es möglich, daß die Betriebsräte in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, die Industrie zur Sozialisierung bringen können. Nach diesem, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag machte der Bevollmächtigte Reimann den Vorschlag, die Vorschläge zur Wahlkommission in den Branchenversammlungen zu machen, welche so bald wie möglich einzuberufen sind. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Eine Resolution, die dem Genossen Ledebour herzliche Grüße und ihm Anerkennung für seine tapfere Haltung ausspricht, fand einstimmige Annahme.

Der Angestelltenausschuß der Pulverfabrik Spandau fordert alle zum 30. Juni 1919 gekündigten und bereits entlassenen Betriebsschreiber auf, sich bis zum 28. Juni 1919 schriftlich beim Obmann W. Kosinsky, Berlin, Sparrstr. 21, unter genauer Angabe ihrer ab 1. Januar 1919 ausgeübten Tätigkeit zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen vor dem Schlichtungsausschuß zu melden.

# Das neue Groß-Berlin.

Der Gesetzentwurf über die kommunale Neugestaltung von Groß-Berlin ist nunmehr im Ministerium des Innern festgestellt und den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken zur Stellungnahme zugegangen; erst dann wird er der Staatsregierung zur Genehmigung und später der Landesversammlung vorgelegt werden.

Der Entwurf hat davon Abstand genommen, den Zweckverband weiter auszubauen oder eine besondere Provinz Berlin zu bilden; er hat vielmehr auch unter Ablehnung der Konstruktion einer Gesamtgemeinde für das neue Groß-Berlin die Form der Einheitsgemeinde bei Auflösung des Zweckverbandes gewählt, wobei der neugebildete Stadtkreis Groß-Berlin aus dem Provinzialverbande der Provinz Brandenburg ausscheidet.

Für die Auseinandersetzung mit den Restkreisen und der Restprovinz ist ein besonderes Schiedsgerichtsverfahren vorgesehen.

Der neue Stadtkreis umfaßt 8 Stadtgemeinden, 45 Landgemeinden und 31 Gutsbezirke. Maßgebend war hierbei der Gesichtspunkt einer Zusammenfassung derjenigen Gemeinden und Gutsbezirke, die zu dem Wirtschaftskörper Groß-Berlin gehören und schon jetzt oder doch in absehbarer Zeit in einem örtlichen Zusammenhang mit Berlin stehen oder stehen werden. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges ist für die nächsten Jahrzehnte eine Entwicklung Groß-Berlins in der bisherigen Art und dem bisherigen Umfange wohl ausgeschlossen. Es muß auch vermieden werden, durch Einbeziehung großer, innerlich nicht zu dem Wirtschaftskörper Groß-Berlins gehöriger, Gebietsteile von vornherein in die Geschlossenheit der Verwaltung ein störendes Moment zu bringen. Andererseits muß das Gebiet des neuen Stadtkreises ausreichende Wassergewinnungsreserven und ausreichenden Boden für die Ausbreitung der Industrie, für Siedelungs- und Erholungszwecke usw. umfassen." Es ist daher eine Zone von durchschnittlich 10 bis 15 Kilometer um Berlin für die zweckmäßigste Abgrenzung des neuen Stadtkreises angesehen worden, mit den notwendigen Ausbuchtungen, besonders im Südosten und Südwesten.

Als zentrale Organe des Stadtkreises sind eine Stadtverordnetenversammlung von 186 Mitgliedern, wovon 93 auf den früheren Bezirk der Stadt Berlin entfallen, sowie ein Magistrat von 30 Mitgliedern und zentrale Verwaltungsdeputationen vorgesehen. Sie sollen die Grundsätze für die Verwaltung aufstellen, während bei der Durchführung dieser Grundsätze, d. h. bei der örtlichen Verwaltung den früheren Gemeinden und Gruppen früherer Gemeinden weitgehende Beteiligung eingeräumt ist.

*

Die Dezentralisation der Verwaltung ist in der Weise durchgeführt, daß für das Gebiet der früheren großen Gemeinden und Gemeindegruppen besondere Verwaltungsbezirke gebildet werden, die sich mit den Wahlkreisen für die Wahl der Stadtverordneten decken. Für jeden derartigen Verwaltungsbezirk wird eine Distriktversammlung, bestehend aus den Stadtverordneten und der doppelten Anzahl stimmfähiger Bürger des Wahlkreises, sowie ein kollegiales Distriktsamt, bestehend aus 7 zum Teil vom Magistrat, zum Teil von der Distriktversammlung gewählten Mitgliedern gebildet.

Für den Bezirk der früheren Stadt Berlin sind als Organe der örtlichen Verwaltung nur Distriktämter in Aussicht genommen.

Die Einrichtung der Bezirksvorsteher wird beibehalten. Eingehende Bestimmungen sind der Sicherstellung der Beamten und Angestellten gewidmet, welche infolge Durchführung des Gesetzes in ihren bisherigen Aemtern oder Stellen nicht weiter verwendet werden können.

Schließlich hat der Entwurf den besonderen Schwierigkeiten der Uebergangszeit durch eine Reihe von Bestimmungen Rechnung getragen, die eine allmähliche Ueberführung des alten in den neuen Zustand ermöglichen sollen. In den Entwurf sollen noch Bestimmungen aufgenommen werden über die Neugestaltung von staatlichen Behörden und über die anderweitige Abgrenzung des Geschäftskreises dieser Behörden für Groß-Berlin. Die Verhandlungen mit den Beteiligten sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Erstrebt wird für die wichtigsten Verwaltungen eine Kongruenz des Verwaltungsbezirks mit dem Bezirk des neuen Stadtkreises Berlin.

Die Wahlkreiseinteilung und die Verteilung der früheren Gemeinden und Gutsbezirke sowie die Verteilung der Stadtverordnetenmandate auf die einzelnen Wahlkreise ergibt die nachstehende Aufstellung.

**Wahlkreise und Verwaltungsbezirke.**

| | | Stadtverordnete |
|---|---|---|
| 1—6. | Berlin mit Gutsbezirk Schloß | 93 |
| 7. | Charlottenburg mit Gutsbez. Heerstraße | 16 |
| 8. | Schöneberg | 9 |
| 9. | Neukölln | 13 |
| 10. | Wilmersdorf | 7 |
| 11. | Lichtenberg, Friedrichsfelde, Stralau, Biesdorf Landgemeinde, Biesdorf Gutsbezirk, Kaulsdorf | 9 |
| 12. | Spandau, Gutsbez. Ruhleben, Gutsbezirk Spandau Zitadelle | 5 |
| 13. | Steglitz, Friedenau | 6 |
| 14. | Heiligensee, Tegelerforst-Nord, Tegel Schloß, Jungfernheider Gutsbezirk, Plötzensee Gutsbez., Tegel Landgemeinde, Frohnau Gutsbezirk, Hermsdorf, Lübars, Wittenau, Reinickendorf, Rosenthal Landgem., Rosenthal Gutsbez. | 5 |
| 15. | Pankow, Niederschönhausen Landgem., Niederschönhausen Gutsbez., Buchholz, Karow, Buch Landgem., Buch Gutsbez., Heinersdorf, Blankenburg Landgem., Blankenburg Gutsbez., Malchow Landgem., Malchow Gutsbez., Weißensee, Hohenschönhausen, Wartenberg Landgem., Wartenberg, Gutsbez., Falkenberg Landgem., Falkenberg Gutsbez., Marzahn, Hellersdorf Gutsbez. | |
| 16. | Treptow, Oberschöneweide, Wuhlheide Gutsbez., Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Cöpenick | |
| 17. | Britz, Buckow, Rudow, Tempelhof, Mariendorf, Lankwitz, Marienfelde, Lichtenrade | 5 |
| 18. | Schmargendorf, Grunewald Landgem., Grunewald Forst, Dahlem Gutsbez., Lichterfelde, Zehlendorf, Nikolassee, Wannsee | 5 |
| | | 186 |

# Groß-Berlin.

## „Gebildete" Leute.

Ein Leser ersucht uns, folgenden von ihm beobachteten Fall zur Kenntnis unserer Leser zu bringen, um einmal zu zeigen, wie man Soldaten, welche im Dienste des „Vaterlandes" zum Krüppel geworden sind, im Berliner Westen ehrt. Er schreibt: „Ich kam am 17. Juni durch die Joachimsthaler Straße. Auf der rechten Seite saß auf den Steinstufen eines Hausflures ein an epileptischen Krämpfen leidender Soldat. Unter dem hier vorbeiflanierenden sogenannten besseren Publikum war auch ein äußerst elegant gekleideter Herr, welcher an der Leine einen großen Dackel neben sich führte. Ausgerechnet vor dem kranken Soldaten verspürte das Tier den Drang, ein großes Geschäft zu verrichten. Jeder anständige Mensch hätte nun wohl das Tier weitergezogen, nicht so dieser „feine" Herr, der seinem edlen Dackel wohl nicht das Leid antun wollte, ihn im Geschäft zu stören. Und so ließ er seinen Hund denn gerade zwischen den Beinen des kranken Soldaten sein wirklich sehr großes Geschäft verrichten, zu welcher unsagbar großen Schweinerei das vorübergehende Publikum, Herren wie Damen, sich ausschütteten vor Lachen, während das vornehme Schwein, pardon, wollte sagen Herr, dem der Köter gehörte, und dem man den Offizier in Zivil ansah, mit zynischem Lächeln dem in Krämpfen erzitternden Soldaten zusah."

Das ist die „vornehme Gesinnung" und der „Anstand", mit der sich die Gesellschaft aus Berlin W. brüstet, wenn sie wegwerfend vom „Arbeiterpöbel" spricht.

## Die schlaue Polizei.

Beschlagnahmt und wieder verschoben wurden 18 Sack Mehl und 18 Heringsfässer voll Seife. Die Waren lagerten in einer Schankwirtschaft am Markgrafendaplatz 3-4. Die Polizei beschlagnahmte sie, konnte sie aber nicht gleich abfahren lassen. Ohne die Ware beaufsichtigen zu lassen, besorgten die Polizeibeamten ein Fuhrwerk, währenddessen Mehl und Seife glücklich verschwunden waren. Hinterher „ermittelte" dann die pfiffige Polizei, daß am Freitag nachmittag drei Mann im Alter von 20 bis 25 Jahren die Ware mit einem Rollwagen abgeholt haben. Der Schankwirt will zu der Zeit nicht zu Hause gewesen sein und von nichts wissen. Auf die Wiederbeschaffung der Ware ist eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen über ihren Verbleib und das Fuhrwerk werden im Zimmer 107c des Polizeipräsidiums entgegengenommen. Der Rollwagen war mit einer Klappe versehen. Zwei der Begleiter trugen Kutscherkleidung, einer feldgraue Uniform.

Die Rolle, die hier die Polizei gespielt hat, gibt allerlei Vermutungen Raum. Der Fall bedarf dringend der Aufklärung.

## Zur Waffensuche beim Daimler.

Zur Waffensuche bei Daimler wird uns noch geschrieben: Ich arbeite bei der Firma Daimler in Marienfelde. Freitag, den 20. d. M., mittags gegen ½12 Uhr, erschien ein Aufgebot von Reichstruppen; sie fuhren Kanonen vor dem Werk auf, ein Panzerauto fuhr in das Werk hinein und die Truppen besetzten die Fabrik. Wir Arbeiter mußten auf Anordnung der Truppen das Werk verlassen und wurden beim Ausgang nach Waffen untersucht. Als in einer Versammlung wegen der Erhöhung des Lohnes der Beschluß zum Streiken gefaßt wurde, rief einer der anwesenden Beamten der Firma, daß uns nur Arbeit retten könne und man nicht so viel streiken solle, und jetzt wird der Arbeiterschaft zugemutet, ohne einen Grund die Arbeitsstelle zu verlassen.

So werden heute Arbeiter behandelt in einer „freien" Republik. Sie ist auch danach. Die Arbeiter sehen, wohin wir gekommen sind.

---

Die Flugblattverbreitung durch Flieger am Donnerstag, über deren Gefährlichkeit wir bereits im gestrigen Morgenblatt berichteten, hat einen weit größeren Umfang gehabt, als wie im ersten Augenblick annahmen. Das Abwerfen von einem halben Zentner schweren Paketen geschah an mehreren Stellen in verschiedenen Gegenden Berlins. So wird uns berichtet, daß auch noch auf das Haus Wassertor Str. 41 ein Bündel Flugblätter abgeworfen wurde, das ein einen Quadratmeter großes Loch in das Dach riß. In der Waldemarstraße flog ein 30 Pfund schwerer Packen gegen mitten auf den Bürgersteig und drückte eine Steinplatte des Trottoirs fünf Zentimeter tief in den Boden. Ein seltener glücklicher Zufall, daß das Paket niemand getroffen hat.

Diese brutalen Bübereien können doch nur von Militärbehörden begangen verübt worden sein. Was sagen die Militärbehörden dazu, die sich als die Hüter und Schützer der Ordnung und des Schutzes des Publikums so gern aufspielen?

Kriegsunterstützung und Erwerbslosenfürsorge. Zu unserer unter vorstehender Spitzmarke veröffentlichten Notiz können wir heute mitteilen, daß unsere Rüge gefruchtet hat. Es ist jetzt verfügt worden, daß die angeblich überhobenen Beträge von den Kriegsteilnehmern, die heute noch arbeitslos sind, nicht mehr eingefordert werden sollen. Soweit Beträge in Abzug gebracht worden sind, soll es damit sein Bewenden haben. Rückzahlungen bereits abgezogener Beträge finden nicht statt, aber in Zukunft soll nichts mehr abgezogen werden. Wir hätten gewünscht, daß es unserer Rüge gar nicht erst bedurft hätte, um diese Härten gegen Kriegsteilnehmer zu beseitigen.

---

## Aus den Jugendsektionen.

Tempelhof. Morgen, Sonntag vormittag, von 8 Uhr ab, wichtige Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus. Jeder Genosse erscheine.

Steglitz. Sonntag, den 22. d. M., Ausflug unseres Wahlkreises nach dem Grunewald, mit Vorlesung und Rezitation im Freien. Treffpunkt 2 Uhr Grunewald-, Ecke Kolhenburgstraße; die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich zahlreich mit Familie einzufinden.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp. Neukölln. — Druck der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

**Die freie Welt**
Heft 8
Soeben erschienen  Preis 20 Pf.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Anschläger
**August Endruschat,**
Lichtenberg, Mängelstraße 7, am 12. d. M.,
die Arbeiterin
**Helene Wagner,**
Levetzowstraße 23, am 18. d. M.,
und der Schlosser
**Friedrich Stechel,**
Cöpenick, Hohenzollernpl. 2, am 16. d. M. gestorben sind.
**Ehre ihrem Andenken.**
Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung.**
Betreffend VI. Fettverteilung v. 23. bis 29. Juni 1919.
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 16. Oktober 1916 und der §§ 17, 18, 29, 30, 33, 35, 39 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 755) und den Verordnungen der Fettstelle Groß-Berlin vom 20. Dezember 1916 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten und über die Anmeldung des Speisefettbezuges wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:
1. Auf den Abschnitt R 6 der Einjahr-Zusatzkarte entfallen **50 Gramm Bratfett.**
2. Der Kleinhandelspreis für 50 Gramm Bratfett beträgt **60 Pfennig.**
3. Das Bratfett ist in den zum Speisefettverkauf im Bezirke der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandelsgeschäften gegen Abgabe der **beiden** Abschnitte R 6 **der Einjahr-Zusatzkarte** unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in der Woche vom **Montag, den 23. bis Sonntag, den 29. Juni 1919** in Empfang zu nehmen.
Das Bratfett ist in dem Kleinhandelsgeschäft in Empfang zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefettbezuge eingetragen ist.
Erlasser und Selbster erhalten das Bratfett ebenfalls.
4. Die Kleinhändler haben die von ihnen für das Bratfett angenommenen Abschnitte, getrennt gebündelt, zusammen mit den Speisefettkartenabschnitten am Montag, den 30. Juni 1919 an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.
5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 38 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1916 (R.G.Bl. S. 755), sofern nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft.
Berlin, den 17. Juni 1919.
Fettstelle Groß-Berlin (Butter)
Wermuth.
Tgb.-Nr. 3834 Fbs.

**Arbeiter! Arbeitslose!**
Für einen sozialistischen Propagandafilm brauche ich 2000 Arbeiter. Die Aufnahmen finden im Luna-Park (Halensee), Eingang Bornimmer Straße, statt, und zwar Sonntag, den 22. Juni, vormittags 10 Uhr präzise.
Genossen! Ich rechne auf Eure Unterstützung!
Ich zahle den zuerst eintreffenden 2000 Mitwirkenden pro Person 5 Mark. Die Aufnahmen dauern nur wenige Stunden.
**William Wauer.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, am Mittwoch, den 18. Juni 1919, abends 9½ Uhr nach schwerem Leiden im Alter von 56 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Montag, den 23. Juni, nachm. 4 Uhr vom Neuen Jakobikirchhof, Hermannstr., aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Emma Holtz,
geb. Eisermann u. Tochter.

**U. S. P. Neukölln.**
3. Bezirk.
Am Mittwoch, den 18. 6. verstarb unser Genosse, der Tapezierer
**Bruno Holtz**
Pannierstraße 9a.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung findet am Montag, 23. 6. nachm. 4 Uhr vom Neuen Jakobifriedhof Neukölln, Hermannstraße statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Fahrrad zu verkaufen, billig. Neukölln, Herzbergstr. 6, I. Görlitz.

Günstig!!!
Gelegenheitskäufe in gediegenen Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzimmer und Küchen. Besichtigung lohnend. Möbelhaus Osten, nur 35, Andreasstr. 35

**Merkur-Lichtspiele**
Das große Eröffnungsprogramm im eigenen Gebäude
**Palisadenstr. 26.**

**Schlafzimmer**
Schrank dreiteilig mit Spiegel, komplett mit dreiteiligem Auflegekissen und allem Zubehör von
**M. 1725,— an.**
**Stolzmann,**
Belle-Alliancestr. 103.

Schellack und Leim, auch pfundweise, kauft E. Thon, Berlin, Wiclefstr. 28 I. Moabit 2902.

Ich habe mich nach zehnjähriger Spezialausbildung als
**Arzt für Nervenkrankheiten und Psychiatrie**
niedergelassen.
Dr. med. u. phil. Kronfeld, Berlin NW. 40, Beethovenstr. 3, Ecke Zelten 10. Sprechstunden 10—12, 4—6. Tel. Hansa 1076.

**Dauerwäsche** wird ausgebessert, vergrößert, verklein., gereinigt. **Born**, Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor). Fernsprechanschl. Mpl. 14 565.

Kaufe dauernd Spiralbohrer aus Werkzeug- und Schnellstahl zyl. Morser. Metermaße und Vierkantreibahlen, Centrierbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Feilen, Sägeblätter. Zwick, Berlin NO 18, Landsberger Allee 116 II. (Telephon: Alex. 546.)

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen, Feilkloben, Schraubstöcke, Zangen, Winkel, Zirkel, Messwerkzeuge usw. kauft laufend zur neue Endler, Köpenicker Straße 96, Nähe Stadtbahn Jannowitzbrücke, Nähe Untergrundbahn Inselbrücke.

Fortzugshalber eine Gaskrone, Küchenlampe mit Wandarm, Einlochkocher billig zu verkaufen. Neukölln, Wissmannstr. 21, Stfl. II Tr. l.

Beschreibung des Pan-Film „Sklaven des Kapitals" in d. „Filmwoche", Berlin W. 57, Bülowstr. 25. 30 Pfg.

**Achtung Wilmersdorf.**
Die Spedition Dannecke, Ilsenplatzstr. 28, ist vom 15. Juni ab nach der Augustastrasse 60, Ecke Hindenburgstr., verlegt.

**Achtung!**
Die Spedition ... ist verlegt von Pleßer Str. 1 nach Pleßer Str. 1.

**Achtung!**
Die Spedition Reck, Blankenburg ... ist zu Schöne... Blankenburg, Bahnhofstr. 24a verlegt.

**Mehrere Boten oder Botenfrauen**
für das Austragen der ... in Potsdam sofort gesucht.
Spedition ... Potsdam, ... Kaiser-Wilhelm-Str. ...

**Botenfrauen**
werden sofort eingestellt. Spedition ... Steinmetzstr. 34.

**Botenfrau**
zum Austragen der ... stellt ein Hackbarth Michaelkirchplatz 2.

**Inserate**
für das ... Tageszeitung ... 4 Uhr ... damit 19 ...